

DEUTSCHES

MENSCHEN & MÄRKTE, MASCHINEN, METHODEN, MATERIAL
die auflagenstarke Bauunternehmer-Zeitung

BAU BLATT

November/Dezember 2005 32. Jahrgang, Nr. 317

MIT BAUGERÄTEMARKT

In die Röhre geschaut

Schottenbergtunnel in Meißen dient der Ortsumgehung

MEISSEN (MA). Seitdem im Juli 2004 der Tunnelanschlag am Schottenbergtunnel in Meißen vollzogen wurde, geht es in großen Schritten voran: Nach erfolgtem Durchschlag des Haupttunnels werden Arbeiten mit der Herstellung der Betoninnenschale ausgeführt, die mit dem Straßenbau nächsten Januar beendet werden sollen. Die Freigabe des Tunnels für den Verkehr ist 2006 vorgesehen.

Das Herzstück der neuen Trasse, der Schottenbergtunnel, besteht aus einer 718,8 Meter langen Hauptröhre mit drei Fahrspuren und dem parallel verlaufenden 770 Meter langen Rettungsstollen. Ausführendes Unternehmen für den Tunnelbau ist die Ed. Züblin AG, Stuttgart. Der Schottenbergtunnel ist nicht die einzige imposante Röhre in Deutschland, die gerade entsteht. Weitere Meisterwerke der Tunnelbaukunst finden sich auf den **Seiten 12 und 13**



Arbeiten an der Hauptröhre des Schottenbergtunnels bei Meißen.

Foto: Züblin

Stadtumbau ist mehr als Abbruch und Abriss

Der Umgang mit leer stehenden Gebäuden verschafft dem Bau neue Aufträge und Arbeitsplätze

MÜNCHEN (SF). Was mit einem kaputten Auto passiert, weiß jeder: Entweder es wird repariert oder entsorgt und gegen ein Neues ausgetauscht. Ganz so einfach ist es mit leer stehenden Gebäuden nicht. Sie können zwar saniert, renoviert oder abgerissen werden, doch wenn gleich ganze Stadtviertel verwaist sind, weil die Bewohner fehlen, sind kreative Vorschläge für den Umgang mit den Leerständen gefragt. Dann ist der Stadtumbau gefordert.

In Deutschland macht sich immer mehr der Verfall breit: Erst stehen vereinzelt ein paar Häuser leer. Nichts passiert, bis der nächste Schwung Menschen auszieht. Weitere Gebäude werden aufgegeben, Geschäfte schließen und schleichend greifen die Leerstände auf Wohnblocks, Siedlungen und Stadtteile über. Was zurückbleibt, sind Geisterstädte. Allein in Ostdeutschland befinden sich über eine Million leerer Wohnungen, meist Plattenbauten, die noch zu DDR-Zeiten entstanden, aber die heute immer mehr verwahrlosen, weil sie niemand mehr nutzt. Schrumpfende Städte oder shrinking cities sind nämlich längst nicht nur

ein ostdeutsches Phänomen, sondern weltweit sind davon etwa 400 Städte betroffen, ob in den USA, Großbritannien oder Belgien, ob in Finnland, Italien, Russland oder China. Sie kämpfen alle mit dem gleichen Problem: Die städtische Einwohnerzahl sinkt, weil Menschen, vor allem junge Familien, aus den Städten in Vororte flüchten. Oder Betriebe und Fabriken schließen und die Bevölkerung sucht woanders Arbeit. Oder weil der demografische Wandel einen Rückgang der Bevölkerung auslöst.

Städtische Strukturen an die zurückgehende Bewohnerzahlen anzupassen,

ist Sache des Stadtumbaus, der seit einiger Zeit auf dem Vormarsch ist und Stadtplaner sowie Architekten noch in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Auch für Bauunternehmen verspricht der Stadtumbau neue Aufträge und damit ein großer Wachstumsmarkt zu werden. Vor allem bieten Sanierungsmaßnahmen, mit denen Energiekosten gesenkt werden, Anreize für kleine und mittlere Unternehmen, in diesen Bau- und Dienstleistungsbereich einzusteigen. Zudem gibt der Stadtumbau wichtige Impulse für lokale Arbeitsmärkte. Gerade wenn aufgrund des Stadtumbaus Infrastruktur und Flächen angepasst und in diesen Bereichen Investitionen getätigt werden, kann die Bauwirtschaft davon profitieren.

Bekannt geworden ist das Thema Stadtumbau zunächst durch ein Programm der Bundesregierung. Anlass waren die

zunehmenden leer stehenden Wohnungen in den neuen Bundesländern seit den 90-er Jahren. Dabei kam eine von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ zu dem Schluss, dass wegen der Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung auch in Zukunft mit einem anhaltenden Wohnungsüberschuss zu rechnen sei. Um die negativen Auswirkungen auf Stadtstrukturen und Wohnungswirtschaft zu bremsen, plädierte die Kommission für den Abriss von 350 000 Wohnungen bis zum Jahr 2010. Insgesamt werden für den Stadtumbau Ost in den Jahren 2002 bis 2009 rund 2,5 Milliarden Euro von Bund, Ländern und Gemeinden bereitgestellt. Erste Erfolge sind bereits eingetreten: So ist die Quote leer stehender Wohnungen in Ostdeutschland im vergangenen Jahr auf 14,9 Prozent gesunken. **Fortsetzung Seite 2**

Themen:

Wohnen in Kasernen und Bunkern

Was in München, Hamburg und vielen anderen Großstädten gerade heiß diskutiert wird, ist in den neuen Bundesländern bereits geschehen: Kasernen als Wohn- und Gewerberaum zu nutzen. Genauso ist es mit Bunkern, die zu neuen Wohnungen werden. Wie die Militärbauten umgestaltet werden, lesen Sie auf **Seite 6**

Was den Emissionshandel bremst

Der Emissionshandel kommt nur schleppend in Gang, obwohl seit Jahresanfang Unternehmen, die Kohlendioxid erzeugen, über Zertifikate verfügen müssen. Warum der Handel nur zögerlich verläuft, erklärt Dr.-Ing. Gernot Schaefer, Präsident des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. auf **Seite 20**

Umfrage zur Entwicklung der Schalungstechnik

Wenn auf einer Baustelle eine Schalung gebraucht wird, hat ein Bauunternehmen die Qual der Wahl. Sich für eine Lösung zu entscheiden, fällt angesichts des Angebots auf dem Markt für Schalung nicht immer leicht. Daher befragten wir die Schalungshersteller, welchen Weg die Schalungstechnik in den nächsten zehn Jahren einschlagen wird. Nachzulesen ist die Umfrage auf **Seite 22**

Design folgt auf Steinkohle

Sie hat schon produktivere Zeiten hinter sich: die Zeche Zollverein in Essen, wo einst die weltweit größte und modernste Anlage zur Förderung von Steinkohle stand. 1986 wurde die Anlage still gelegt, kurz darauf unter Denkmalschutz gestellt und 2001 zum Weltkulturerbe erklärt. Doch zum Stillstand soll es auf dem Gelände nicht kommen. Wie zukünftig Gebäude und Flächen genutzt werden, wird vorgestellt auf **Seite 24**

Bessere Karten bei Aufträgen dank Rating

Bei Verhandlungen mit Banken führt kein Weg an einem externen Rating vorbei. Allein schon wegen den neuen Eigenkapitalrichtlinien nach Basel II. Immer wichtiger wird es für Bauunternehmen, ihre Bonität gegenüber Auftraggebern zu belegen. Wer hier ein externes Rating vorweisen kann, hat die besseren Karten bei der Auftragsvergabe. **Seite 25**

Das Monster Bürokratie zähmen

Ein Kommentar von Sonja Foerster

Das Beispiel zeigt, worüber sich die Abgeordneten in Brüssel und Berlin den Kopf zerbrechen. Im Fall der Sonnenschutz-Bestimmungen sollte eine europaweit einheitliche Vorschrift für Arbeitgeber geschaffen werden, die darauf hinweist, dass zuviel natürliche Sonneneinstrahlung Hautkrebs verursachen kann. Freilich, steigende Hautkrebsraten bei Berufsgruppen, die hauptsächlich im Freien arbeiten, sind ein ernstes Problem. Und die Menschen erwarten auch, dass Arbeits- und Standortbedingungen EU-weit einheitlich geregelt werden, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen.

Was sie jedoch nicht wollen, sind realitätsferne und sinnlose Gesetzesvorlagen, die zu erheblichen Einschränkungen, administrativen und finanziellen Belastungen bis hin zur Vernichtung von Betrieben und Arbeitsplätzen führen können.

Zu viele komplizierte Richtlinien und Verordnungen, die nur selten zur Freude der Unternehmen ausfallen, ersticken jedoch das Wachstum in seinem Keim, bevor es überhaupt nur annähernd hochkommen kann. Die Unternehmen beschwerten sich schon seit langem über die zunehmende Gesetzesflut, bei der niemand mehr recht durchblickt. Allein das deutsche Steuerrecht gilt als das Komplizierteste der Welt. In Deutschland sind

knapp 2 200 Gesetze auf Bundesebene in Kraft und es gelten 47 000 Einzelschriften. Sie lähmen das Selbstvertrauen, die Leistungsfähigkeit sowie den unternehmerischen Mut, auch mal ein Risiko einzugehen.

Stattdessen müssen Wachstumskräfte freigesetzt werden, die nicht durch Bürokratie gebremst und durch komplexe Vorschriften gehemmt werden. Der Staat muss sich zurücknehmen und mehr Freiraum für Unternehmen und seine Bürger schaffen, damit sich Leistungsbereitschaft entwickeln kann. Um die überflüssigen Papierberge in Deutschland abzutragen, müssen wir von der Überregulierung und der Detailbesessenheit wegkommen. Wir brauchen nicht für jeden Einzelfall einen Paragraphen. Weniger ist mehr und zwar weniger Staat, mehr Markt.

ARBEITSBÜHNEN	18
FLURFÖRDERZEUGE	19
NACHHALTIGES BAUEN	20-21
SCHALUNG UND GERÜST	22-23
IMPRESSUM	28